

438/J XXII. GP

Eingelangt am 23.05.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Gusenbauer
und GenossInnen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Schluss mit dem Verwirrspiel um die Eurofighter

Die Geschichte der geplanten Anschaffung der Kampfflugzeuge des Typs Eurofighter durch das österreichische Bundesheer ist eine Geschichte des Versuchs, mit der österreichischen Bevölkerung ein Verwirrspiel zu treiben. Umgangssprachlich könnte man auch sagen, dass sowohl die Regierung Schüssel I als auch die Regierung Schüssel II versuchten und versuchen, die Österreicherinnen und Österreicher, aber auch den Nationalrat an der Nase herum zu führen.

Sicherheitspolitisch ist der Ankauf dieser Kampfflugzeuge nicht erforderlich. Anders als in Zeiten des Kalten Krieges ist Österreich ausschließlich von befreundeten Staaten umgeben, die in naher Zukunft fast alle zur Europäischen Union gehören werden. Österreich ist von keinen Staaten umgeben, die unser Land militärisch - sei es am Boden, sei es in der Luft - bedrohen würden. Dass die Teilnahme an einem künftigen europäischen Sicherheitssystem den Ankauf von Abfangjägern erfordern würde, entspricht nicht den Tatsachen. Zudem böte gerade die Perspektive eines europäischen Sicherheitssystems die Möglichkeit einer entsprechenden Arbeitsteilung auch im Bereich der Beschaffungspolitik.

Budgetpolitisch macht es der Zustand der Staatsfinanzen absolut unverständlich, dass die Bundesregierung um jeden Preis am Ankauf von Abfangjägern festzuhalten gedenkt. Und zwar an der absolut teuersten Variante, dem Eurofighter des EADS-Konsortiums. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die ÖVP in den

Sondierungsgesprächen mit der SPÖ in Sachen Kampfflugzeuge/Eurofighter nicht bereit war, sich auch nur einen Millimeter zu bewegen. Ein „unbedingtes Ja“ zu dieser Anschaffung war für die ÖVP offensichtlich die wichtigste Bedingung bei ihrer Entscheidung für einen Koalitionspartner.

Demokratiepolitisch ist die Entscheidung fragwürdig, weil sie gegen den Willen der österreichischen Bevölkerung erfolgt, die mit großer Mehrheit gegen diese Anschaffung ist und mehr als 600.000 Menschen ein Volksbegehren gegen den Ankauf dieser Flugzeuge unterschrieben haben.

Um etwas zu rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen ist, nämlich den Ankauf dieser Kampfflugzeuge, betreibt die Bundesregierung seit nunmehr zwei Jahren ein Verwirrspiel auf allen Ebenen:

Ein Verwirrspiel um die Ausschreibung. Die Beschaffung der Eurofighter ergebe sich zwangsweise als Ergebnis der Bewertung des Ausschreibungsvorganges, behauptet die Bundesregierung. Abgesehen davon, dass namhafte Experten, auch des Bundesheeres, nicht dieser Ansicht waren, als die Bundesregierung ihre Typenentscheidung traf, hat das nunmehrige Leistungspaket mit der damaligen Ausschreibung nichts mehr zu tun. „Unbedingte“ Voraussetzung für die Bieter waren damals 24 Stück Flugzeuge, die bereits 2005 im österreichischen Luftraum patrouillieren sollten. Jetzt geht es um 18 Flugzeuge, von denen die ersten vier im Jahr 2007 eintreffen. Ginge es der Regierung also wirklich um die für die Österreich kostengünstigste und beste Lösung, müsste sie diesen Beschaffungsvorgang neu ausschreiben, wie dies auch der 3. Präsident des Nationalrates, Prinzhorn, mit allem Nachdruck verlangt hat. Statt dessen beeilt sie sich, diese Anschaffung möglichst rasch abzuschließen ohne den Bericht des Rechnungshofes abzuwarten.

Ein Verwirrspiel um die Stückzahl. Zunächst wurde behauptet, dass das österreichische Bundesheer unbedingt 24 Abfangjäger brauche, um den Luftraum zu schützen. Nun reichen plötzlich 18 Stück, in der Übergangszeit von 2005 bis 2007 offensichtlich noch wesentlich weniger und diese können auch von einem anderen Staat gemietet werden.

Ein Verwirrspiel um die Art des Flugzeuges. Die Aufgaben der Abfangjäger wurden stets vergleichbar jener einer Luftpolizei beschrieben, deren Aufgabe es ist, unbekannte Flugzeuge zu identifizieren und zu

begleiten - also gleichsam Streifenwagen mit Flügeln. Auf den „Erdboden“ umgelegt entspricht die Ausstattung der österreichischen Luftpolizei mit Eurofightern aber der Anschaffung von Formel 1 - Boliden für die Autobahngendarmerie.

Ein Verwirrspiel um den Preis. Während stets versprochen wurde, sich um die kostengünstigste Lösung zu bemühen, wurde nun die mit Abstand teuerste gewählt. Um die enormen Kosten zu verschleiern, wurden die größten Anstrengungen unternommen. 1,791 Milliarden € würden 24 Eurofighter kosten, erklärte die Regierung am 2. Juli 2002 nach ihrem Beschluss, das teuerste Modell zu kaufen. 18 Eurofighter kosten nun, wie Finanzminister Grasser vorige Woche letztendlich zugeben musste, 1,969 Milliarden Euro - ohne Erhaltungs- und Betriebskosten und ohne die Kosten für die sogenannte „Zwischenlösung“ für die Jahre 2005 bis 2007. Zeitgleich wurde dem Parlament ein Abänderungsantrag der Regierungsparteien übermittelt, in dem Kosten von 1,337 Milliarden € angegeben werden. Medienberichten zufolge („News“ von gestern) werden die wahren Kosten - inklusive neue Logistik bzw. Anpassung derselben, Ausbildung der Piloten, Ankauf eines Simulators, notwendiger Infrastrukturmodifikationen und der nötigen Zwischenlösung - bei mehr als drei Milliarden € liegen. Immer noch ohne Bewaffnung und Betriebskosten (mindestens 50 Millionen € pro Jahr, vermutlich deutlich höher), sodass die Gesamtkosten für diese Kampfflugzeuge über eine Lebensdauer von 30 Jahren voraussichtlich jenseits der fünf Milliarden € liegen werden.

Ein Verwirrspiel um die Budgetbelastung. Nur mehr als Verhöhnung der Steuerzahler kann die Behauptung gewertet werden, wonach die Budgets dieser Legislaturperiode „mit keinem Cent“ belastet würden. Denn der Ausbau der Infrastruktur und die Ausbildung der Piloten müssen auch für sogenannte „Zwischenlösung“ ab 2005 vorgenommen werden. Die Belastung künftiger Budgets durch diese Regierung, die antrat „keine neuen Schulden“ mehr zu machen, wird aufgrund der Finanzierungskosten dafür umso höher ausfallen. Sollte jener Kommentator in der Zeitung „Die Presse“ vom 20. Mai recht haben, der meint: „Oder ist es Schüssels Taktik, eine Art vorgezogene Rache an späteren Wahlsiegern, denen man mit den Eurofightern eine gewaltige Altlast hinterlässt?“

Ein Verwirrspiel um die „Übergangslösung“. Sowohl Verteidigungsminister Scheibner, als auch sein Nachfolger Platter werden nicht müde zu betonen, dass eigene Abfangjäger für eine österreichische Luftraumüberwachung notwendig seien. Nun ist es plötzlich kein Problem, für die Jahre 2005 bis 2007 den österreichischen Luftraum mit im Ausland geleasten Flugzeugen zu überwachen.

Ein Verwirrspiel um die „Wirtschaftsplattform“. Quasi als „Trick Nummer 17“ zauberte Bundeskanzler Schüssel im letzten Wahlkampf die Idee einer „Wirtschaftsplattform“, die zustande zu bringen er sich bemühen werde, aus dem Ärmel. Diese, so wollte der Kanzler die Österreicherinnen und Österreicher glauben machen, werde sich aus freundlichen Unternehmern zusammensetzen, denen es ein Anliegen ist, Österreich diese Kampfflugzeuge zu schenken.

Diese „Wirtschaftsplattform“, ließ vergangene Woche Wirtschaftsminister Bartenstein die Öffentlichkeit wissen, sei eigentlich nur so eine Idee unter vielen, quasi „Gerede“ gewesen. Eine „Wirtschaftsplattform“ gebe es allerdings insofern, als jene Firmen, die von den Gegengeschäften profitieren, ja Steuern bezahlen. Wofür es allerdings an sich keiner „Wirtschaftsplattform“, sondern nur der Einhaltung der Steuergesetzgebung bedurft hätte. Man habe nun die günstigste Finanzierungsform gewählt - nämlich sich entschieden den Steuerzahler zur Kasse zu bitten. Offenbar war mit der „Wirtschaftsplattform“ also die Gemeinschaft der Steuerzahler gemeint.

Ein Verwirrspiel um die Gegengeschäfte. Selbst wenn man sie militärisch nicht brauchte, müsste man Abfangjäger kaufen - aufgrund der „tollen“ Gegengeschäfte, so die Befürworter dieser Beschaffung. Das Zweite, wenn nicht Dreifache des Kaufpreises könne man auf diese Weise lukrieren. Dies wird von Experten wie Universitätsprofessor Streissler nicht zu Unrecht als „Voodoo-Ökonomie“ bezeichnet. Wären die Gegengeschäfte so lukrativ und arbeitsplatzschaffend, wie von Bartenstein und Co. behauptet, läge nichts näher als 180 oder 360 Eurofighter zu kaufen, um damit Österreichs Wirtschaft zum Boomen zu bringen und die nicht benötigten Flieger mit Gewinn zur Budgetsanierung weiterzuverkaufen.

Ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis dieser Bundesregierung bzw. des Bundeskanzlers zum Geld des Steuerzahlers wirft folgendes Detail: Im Zuge der Beantwortung einer Dringlichen Anfrage der SPÖ zum Ankauf von Kampfflugzeugen begann Bundeskanzler Schüssel am 26.2.2003 einen Satz mit den Worten „Weil die Gripen etwas billiger in der Anschaffung sind,....“. In einem Brief an Verteidigungsminister Platter weist der Geschäftsführer von Saab am 15. Mai darauf hin, dass 18 Gripen um rund 500 Millionen € billiger wären bzw. dass auch ein Angebot von Saab (in Kooperation mit der schwedischen Regierung) aufrecht sei, bei dem 18 Gripen um unter eine Milliarde € zu haben wären. Nach Ansicht der SPÖ immer noch zuviel für unnötige Kampfflugzeuge. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber, dass Bundeskanzler Schüssel eine mögliche Ersparnis zwischen 500 Millionen und einer Milliarde € als „etwas billiger“ abqualifiziert.

„Nicht eine der Behauptungen der Regierung stellt sich heute als wahr heraus“, schreibt der bereits zitierte Kommentator in „Die Presse“ zum Eurofighter-Deal, der seinen Artikel mit dem Satz „Lügen haben kurze Beine“ beginnt. Die SPÖ unternimmt mit dieser Dringlichen Anfrage trotzdem nochmals einen Anlauf und bietet der Regierung, insbesondere Verteidigungsminister Platter, die Chance, den Österreicherinnen und Österreichern reinen Wein einzuschenken.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

Anfrage:

1. Warum haben Sie das Bundesgesetz über den Nachkauf von Luftraumüberwachungsflugzeugen als Teil des Budgetbegleitgesetzes 2003 eingebracht, obwohl dieses - nach Angaben der Bundesregierung - keine budgetären Auswirkungen auf die Budgets 2003/2004 hat?

2. Der Beschaffungsvorgang inklusive Typenentscheidung wird gegenwärtig vom Rechnungshof geprüft. Garantieren Sie hier und heute vor dem Nationalrat, dass Sie das Ergebnis dieser Rechnungshofprüfung abwarten werden, bevor Sie den Kaufvertrag für die Eurofighter unterschreiben?
3. Können Sie ausschließen, dass seitens des EADS-Konzerns Zahlungen oder sonstige Vermögenswerte Vorteile an dritte Personen erfolgten, um die Bundesregierung in Richtung eines Zuschlages zugunsten der Eurofighter zu beeinflussen?
4. Rund um die Vergabeentscheidung kam es zu auffallend häufigen Werbeeinschaltungen und Inseraten des EADS-Konzerns. Können Sie ausschließen, dass es hierbei direkt oder indirekt zu Parteienfinanzierung gekommen ist bzw. diese Inserate von Angehörigen der Bundesregierung - wie dies in anderem Zusammenhang jetzt etwa Staatssekretär Kukacka für das „Neue Volksblatt“ gemacht hat - akquiriert wurden?
5. Von führenden Repräsentanten ihres Koalitionspartners (3. NR-Präsident Prinzhorn) wurde eine Neuauusschreibung verlangt mit dem Hinweis, dass der Verzicht auf eine solche als Wählertäuschung qualifiziert werden müsse. Wie stehen Sie zu dieser eindeutigen Forderung des 3. NR-Präsidenten nach Neuauusschreibung des Projektes?
6. Stimmt es, dass, wie „profil“ in dieser Woche berichtet, nach wie vor ein Offert der Firma Saab aufrecht ist, das 18 Abfangjäger der Type Gripen um mindestens 500 Millionen Euro, in einer anderen Variante sogar bis zu einer Milliarde Euro billiger anbietet und gibt es noch Offerte anderer Anbieter, die ebenfalls unter dem Angebot von EADS liegen?

7. Wie hoch sind die mit der Anschaffung von Abfangjägern des Typs Eurofighter verbundenen Gesamtkosten bei einer angenommenen Lebensdauer von 30 Jahren - inklusive Finanzierungskosten, Kosten der sogenannten „Zwischenlösung“, Systemkosten, Infrastrukturkosten, neuer Logistik, Personalkosten, Ausbildung der Piloten, Anschaffung eines Flugsimulators, Bewaffnung, Betriebskosten - also schlicht allem, was sonst noch damit verbunden ist?
8. Finden Sie jenen Betrag von 1,337 Milliarden Euro, den die Regierungsfraktionen in einem Abänderungsantrag, den Sie vergangenen Freitag dem Budgetausschuss des Nationalrates übermittelten, als Kosten für die Abfangjäger angeben, als ausreichend? Insbesondere angesichts des Umstandes, dass an jenem Freitag zeitgleich eine Pressekonferenz stattfand, in der Finanzminister Grasser in Ihrem Beisein die Kosten mit 1,969 Milliarden Euro bezifferte. Aus welchem Budget würde die Differenz beglichen werden?
9. Stimmt es, dass vorgesehen ist, sämtliche Kosten, also auch die Betriebskosten etc., nicht aus dem Verteidigungsbudget, sondern aus einem eigenen Budgetansatz zu finanzieren, also zusätzlich zum Verteidigungsbudget?
10. Ein wesentliches Argument der Regierung, warum der Ankauf von Abfangjägern, zunächst 24 später 18, zwingend ist, war, dass der österreichische Luftraum aufgrund des Neutralitätsgesetzes unbedingt von Flugzeugen, die sich im Eigentum des österreichischen Bundesheeres befinden, überwacht werden müsse. Im Zeitraum von 2005 bis 2007 (also auch während der EU-Präsidentschaft Österreichs) reicht es aber, wenn eine geringere Zahl von im Ausland geleasten oder gemieteten, also nicht in österreichischem Eigentum befindlichen, Flugzeugen den österreichischen Luftraum überwacht. Begeht die Bundesregierung daher mit ihrer geplanten Vorgangsweise einen Verfassungsbruch oder interpretiert die Bundesregierung ihre Verpflichtung aus dem Neutralitätsgesetz nunmehr anders?

11. Für den Zeitraum von 2005 bis 2007 sieht die Bundesregierung offensichtlich kein Problem, die österreichische Luftraumüberwachung mit ausländischen geleasten oder gemieteten Flugzeugen vorzunehmen. Haben Sie ein derartiges Modell auch auf seine Tauglichkeit als Dauerlösung, also als Alternative zur teuren Anschaffung von Kampfflugzeugen, überprüft und zu welchem Ergebnis sind Sie dabei - insbesondere was die Kosten angeht - gekommen?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne des § 93 Abs. 1 GOG dringlich zu behandeln.